

INNENPOLITIK - Themenübersicht

1. KPTsch, Nationale Front
2. HUSAK, STROUGAL, INDRA, BILAK
3. "Charta 77" und Dissidentenprozesse
4. XVI. Parteitag der KPTsch

Information für Bundeskanzler Kreisky anlässlich des Staatsbesuchs
des tschechischen Ministerpräsidenten Strougal in Österreich, Mai
1981.

Signatur: VII.1 Länderboxen, CSSR, Box 2
Copyright: Kreisky Archiv

TSCHECHOSLOWAKISCHE SOZIALISTISCHE REPUBLIK

Innenpolitik

Basis der Innen- und Aussenpolitik der CSSR ist die starke Anlehnung an die Politik der Sowjetunion.

1.1.
KPTsch
Nationale
Front

Entscheidende und führende politische Kraft ist die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch), die die N a t i o n a l e F r o n t, eine Dachorganisation der vom Regime zugelassenen politischen Verbände dominiert (abgesehen von der KPTsch einzelne Kleinparteien sowie Gewerkschaften, Frauenorganisationen, Jugendverbände etc.).

An der Spitze des Staates steht seit Mai 1975 (wiedergewählt im Mai 1980) Präsident Gustav HUSAK. Er ist gleichzeitig Vorsitzender der Nationalen Front und Generalsekretär der KPTsch. Bei den Besuchen die BRESCHNJEV der CSSR im (Jubiläumsjahr) 1978 und zuletzt im April 1981 anlässlich des XVI. Parteitages der KPTsch abgestattet hat, wurde wieder deutlich, dass HUSAK das volle Vertrauen des sowjetischen Staats- und Parteichefs genießt und seine Stellung derzeit nicht gefährdet erscheint.

HUSAKs Position ist allerdings nicht völlig unbeschränkt. Ministerpräsident STROUGAL ist über die Rolle eines blossen Exekutors bzw. Koordinators der Regierungs- und Parteipolitik hinausgewachsen. Sowohl HUSAK als auch STROUGAL müssen auf die eher dogmatisch geprägten Mitglieder des Politbüros wie INDRA und BILAK, zuständig für Aussenbeziehungen, Rücksicht nehmen.

1 2.
HUSAK, STROUGAL,
INDRA, BILAK

Was HUSAK (zum Unterschied zu Janos KADAR nach 1956) nicht gelang, ist, die nach 1968 entstandene nationale Kluft zu überbrücken. Charakteristisch für dieses Unbehagen ist die am Neujahrstag 1977 erfolgte Veröffentlichung des Manifestes der "Charta 77". Dieses ist bis jetzt von ca. 1.000 Personen unterzeichnet worden. Die Charta 77 definiert sich selbst als eine "freie, informelle und offene Gemeinschaft von

1 3.
"Charta 77"
und Dissiden-
tenprozesse

./.

4

Menschen verschiedener Überzeugungen und Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in unserem Land (der CSSR) und in der Welt einzusetzen". Sie v e r u r t e i l t die systematische Verletzung der Menschenrechte in der CSSR (freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Bekenntnisfreiheit u.a.m.), die in den beiden UN-Menschenrechtspakten, der Schlussakte von Helsinki, der Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen verankert sind und deren Einhaltung somit auch für die CSSR eine Verpflichtung darstellt.

Die Prager Führung hat sehr bald eine heftige Kampagne gegen die Proponenten der Charta 77 in Gang gesetzt und damit unter Beweis gestellt, dass sie mit dieser Bürgerrechtsbewegung an sehr empfindlicher Stelle getroffen wurde. Das Manifest wurde im KP-Organ Rudé Právo als "verleumderische Seifenblase" qualifiziert, die Initiatoren der Charta 77 als "Usurpatoren" bezeichnet und des "Renegatentums und notorischer Charakterlosigkeit" bezichtigt. Es folgten Repressionsmassnahmen im Wege zahlreicher Schikanen (Polizeiverhöre, Hausdurchsuchungen, körperliche Misshandlungen; zahlreiche Personen verloren ihren Arbeitsplatz), einige Proponenten der Charta 77 wurden in Haft genommen. Den ersten Höhepunkt der Repressionsmassnahmen bildeten 1977 die Prager Urteile vom 18. Oktober 1977 gegen die prominente Bürgerrechtskämpfer LEDERER, ORNEST, HAVEL und PAVLICEK. In der westlichen Öffentlichkeit riefen diese Verurteilungen Empörung hervor, wobei insbesondere die Prager Prozesse wegen ihrer Gleichzeitigkeit mit dem Belgrader Folgetreffen der KSZE als Herausforderung empfunden wurden. In zahlreichen weiteren Prozessen wurden in der Folge Bürgerrechtskämpfer zu Haftstrafen verurteilt. Grosses Aufsehen in der internationalen Öffentlichkeit erregte die am 29. Mai 1979 erfolgte Verhaftung von zehn Mitgliedern des der Charta 77 nahestehenden, im April 1978 gegründeten "Komitees zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter" (VONS). Im Rahmen der Prager Dissidentenprozesse vom 22. und 23. Oktober 1979 wurden sechs Komiteemitglieder, darunter der bekannte Dramatiker und Laureat des Öster-

reichischen Staatspreises für Europäische Literatur, Vaclav HAVEL (bereits im Oktober 1977 verurteilt, siehe oben), wegen "Unterminierung der (csl.) Republik" zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Im Zuge der Ereignisse in Polen und der dadurch bedingten Verhärtung des innenpolitischen Kurses in der CSSR haben in letzter Zeit die Repressionsmassnahmen gegen Dissidenten wiederum zugenommen (Verfahren gegen Rudolf BATTEK, zahlreiche Festnahmen, darunter Vaclav HAVELs Geschwister Ivan und Olga, insbesondere auch Jiri HAJEK u.a.m.). Die jüngsten diesbezüglichen Massnahmen der csl.Behörden haben übrigens zu einer heftigen Kontroverse zwischen westlichen und östlichen Delegationen beim Madriider Folgetreffen der KSZE geführt (siehe auch die analogen Kontroversen beim Belgrader Folgetreffen, weiter oben).

In der csl.Bevölkerung hat die Bewegung der Charta 77 bisher offensichtlich keinen breiten Durchbruch erzielen können, was möglicherweise eine Folge der durch die Repressionsmassnahmen erreichten Generalprävention ist.

Der Schwerpunkt der Erörterungen anlässlich des kürzlichen XVI.Parteitages der KPTsch (6.bis 11.April 1981) bildete die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen. Es wurde bei dieser Gelegenheit eingeräumt, dass die Planziele nicht erreicht wurden, worauf eine bescheidenere Veranschlagung im neuen (7.) Fünf-Jahres-Plan erfolgte. Bei der Wahl der obersten Parteigremien wurden der Generalsekretär (siehe Gustav HUSAK auch weiter oben) und sämtliche Mitglieder des Politbüros in ihren Funktionen bestätigt und erwartungsgemäss der bisherige Politbürokandidat Milos JAKES, ein Tscheche, der in Moskau ausgebildet und eher den "hardlinern" zugezählt wird, zusätzlich aufgenommen.

4.
XVI.Parteitag
der KPTsch